

Abschluss der Budgetdebatte 2025:

Hochmut kommt vor dem Fall

Die Realitätsverweigerung von linker Seite in diesem Rat ist beispiellos und gefährlich. «Die Finanzen der Stadt Zürich sind kerngesund», «es ist genug Geld vorhanden, um alles zu finanzieren», «wir können uns alles leisten» – solche und ähnliche Sprüche sind während der Budgetdebatte von linker Seite gefallen. Der dabei zur Schau gestellte arrogante Hochmut ist kaum zu überbieten.

Rot-rot-grüner Ausgabenrausch

Die linke Politik beschert den städtischen Finanzen ein gigantisches und nicht bezahlbares Investitionsvolumen von etwa 2 Milliarden (!) pro Jahr. Überteuerte Schulhäuser und Veloprojekte, ein Fernwärmenetz für nur 60% der Liegenschaften, wahnwitzige Klimaprojekte und Wohnraumzukäufe zu jedem beliebigen Preis sind nur einige der Vorhaben. Dazu kommt eine stark belastete Erfolgsrechnung, bei der die Ausgaben die Einnahmen um 220 Millionen übersteigen. Dies ist die Folge eines regelrechten Ausgabenrausches der links-grünen Politiker während des Jahres.

Immer mehr Pöstchen beim Staat für Kollegen, immer mehr Wünsche im Sozialdepartement und der Schule, immer neue Klima- und Veloprojekte führen zu einer Vergrösserung des Budgets von über 9 Milliarden auf über 11 Milliarden in der auslaufenden Legislatur.

Fakten zur Finanzlage

Sogar der linke Stadtrat hat gemerkt, dass die Situation bedrohlich ist und dass er das Investitionsvolumen auf mindestens 1,5 Milliarden Franken pro Jahr begrenzen muss. Das ist immer noch extrem hoch, weil die Annahme zugrunde liegt, dass die Einnahmen und Ausgaben in Zukunft ihn etwa gleich gehalten werden. Ob die Einnahmen so bleiben, wie bis anhin, hängt von der Entwicklung der Steuereinnahmen ab. Die Ausgaben werden, aufgrund des Ausgabenrausches mit Sicherheit noch steigen und die Rechnung der Stadt weiter verschlechtern.

Die Steuern müssen massiv gesenkt werden

Richtig wäre es, das Investitionsvolumen so stark zu begrenzen, dass dieses fast gänzlich ohne Fremdkapital gestemmt werden kann. Wir wollen keine Schuldenpolitik auf Kosten der Steuerzahler und nachkommenden Generationen.

Würde die Ausgabenbremse funktionieren und hätten wir eine bürgerliche politische Führung in dieser Stadt, könnte man die Ausgaben ohne Leistungsabbau problemlos um 7 Prozentpunkte verringern. Das würde den Steuerzahler jedes Jahr etwa 210 Millionen Franken entlasten. Ein echtes Kaufkraftprogramm, und keine Selbstbedienung, wie dies die Linken seit Jahren machen.

Die grösste Gefahr für die Demokratie liegt darin, dass die Linke ihrem Klientel weiterhin Unsummen von Steuergeldern zuschanzt, so die Wahlen kauft und damit ohne überzeugende Politik an der Macht bleiben kann.

Für Rückfragen:

Johann Widmer, Gemeinderat, Mitglied der Rechnungsprüfungskommission: 076 386 86 86
Samuel Balsiger, Gemeinderat und Fraktionspräsident: 076 241 75 76